

Gäste

Herr Carl Michael - Stadtentwässerung Braunschweig GmbH
Herr Jörg Reincke - Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66
Herr Thomas Kehl - Ref. 0650
Herr Dietmar Gerstenberg - AbtL 66.3
Herr Dirk Hollenbach - AbtL 10.4
Herr Maik Becker - StL 10.45
Herr Detlef Pottgießer - StL 66.21
Herr René Strahl - Abt. 66.11
Herr Timo Weichsler - RefL 0660

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

weitere Mitglieder

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig entschuldigt
Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - RefL 0650 entschuldigt
Frau Bianca Winter - RefL 0600 entschuldigt
Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.06.2022 (öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Neubau Hauptpumpwerk Ölper und Transportleitung zur Kläranlage 22-19134
 - 3.2 10. Kompaktbericht Stadtbahnausbau 22-19398
 - 3.3 Einrichtung von Parkzonen für E-Scooter innerhalb der Okerumflut 22-19247

4	Anträge	
4.1	Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen	22-18867
4.1.1	Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen	22-18867-01
4.2	Sichere Schulwege zur 6. IGS	22-19102
4.2.1	Sichere Schulwege zur 6. IGS	22-19102-02
4.2.2	Sichere Schulwege zur 6. IGS - Änderungsantrag	22-19102-04
4.3	Einwohnerbefragung zu Stadt.Bahn.Plus	22-19277
4.4	Kostenloses Schüler:innen-Ticket	22-19018
4.4.1	Kostenloses Schüler:innen-Ticket	22-19018-01
5	Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße	21-16752
5.1	Planung und Bau der Straßen Alter Weg und Leiferdestraße	21-16752-01
5.1.1	Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße - Änderungsantrag zur Vorlage 21-16752	21-16752-02
6	Festlegung des Kostenrahmens - Neubau der Brücken im Klostergang Riddagshausen über die Wabe und die Alte Mittelriede	22-18652
7	Gesamtstädtische Stellungnahme zur geplanten Änderung der Bahnsicherungsanlage am Bahnübergang Bienrode III im Ortsteil Bienrode	22-19187
7.1	Gesamtstädtische Stellungnahme zur geplanten Änderung der Bahnsicherungsanlage am Bahnübergang Bienrode III im Ortsteil Bienrode	22-19187-01
8	Verbesserungen der Fußgängerquerungen an der Stadtbahnhaltestelle an der Rothenburg	22-19356
9	Oberbauform für die Gleisanierung Europaplatz bis John-F.-Kennedy-Platz	22-19328
10	Anfragen	
10.1	Fahrradabstellanlagen - Status des Ausbaus	22-19514
10.1.1	Fahrradabstellanlagen - Status des Ausbaus	22-19514-01
10.2	Neuordnung der Parkflächen am Wilhelmitorwall	22-19140

10.2.1	Neuordnung der Parkflächen am Wilhelmitorwall	22-19140-01
10.3	Jährliche Investitionen für den Radverkehr in Braunschweig	22-19297
10.3.1	Jährliche Investitionen für den Radverkehr in Braunschweig	22-19297-01
10.4	Ist die Gefahrenstelle für Radfahrer in der Kehrbeeke jetzt beseitigt?	22-19517
10.4.1	Ist die Gefahrenstelle für Radfahrer in der Kehrbeeke jetzt beseitigt?	22-19517-01
10.5	Status des Ausbaus der Uferstraße	22-19512
10.5.1	Status des Ausbaus der Uferstraße	22-19512-01
10.6	Dauerzählstellen für den Radverkehr	22-19448
10.6.1	Dauerzählstellen für den Radverkehr	22-19448-01
10.7	Überprüfung der Pläne für die Fahrradparkhäuser am Hauptbahnhof	22-19305
10.7.1	Überprüfung der Pläne für die Fahrradparkhäuser am Hauptbahnhof	22-19305-01
10.8	Bitte um vollständige Auflistung (sortiert nach Stadtbezirken) der Standorte der geplanten neuen Braunschweiger Ladepunkte für Elektrofahrzeuge	22-19343
10.8.1	Bitte um vollständige Auflistung (sortiert nach Stadtbezirken) der Standorte der geplanten neuen Braunschweiger Ladepunkte für Elektrofahrzeuge	22-19343-01
10.9	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Ausschussvorsitzende regt an, die sich mit der Thematik des Öffentlichen Personennahverkehr befassenden TOPs 3.2, 4.1, 4.3, 4.4 und 9 zusammengefasst nacheinander zu beraten.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.06.2022 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Mitteilungen

3.1. Neubau Hauptpumpwerk Ölper und Transportleitung zur Kläranlage

22-19134

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Die Herren Weichsler und Carl stellen den Neubau des Hauptpumpwerks Ölper und die Erneuerung der Abwasserüberleitung zur Kläranlage anhand einer Präsentation vor.

Bürgermitglied Dr. Schröter fragt, ob ein Neubau des Hauptpumpwerks durch frühzeitigere Instandhaltungsmaßnahmen hätte vermieden werden können und wie mit dem alten Regenüberlaufbecken nach dem Neubau an anderer Stelle umgegangen wird.

Herr Weichsler erklärt, dass über die SE|BS ausgewiesen und über die Anlagenbuchhaltung nachweisbar Reparaturen am Pumpwerk durchgeführt wurden. Reparaturen sind aber aufgrund der Bausubstanz und des Alters lediglich begrenzt möglich. Somit ist aus technischen Gründen ein Neubau des Pumpwerks erforderlich. Pumpwerk und Regenüberlaufbecken können nicht mehr ertüchtigt werden und müssen abgerissen und neugebaut werden. Herr Carl ergänzt, dass die Fläche des alten Standorts des Regenüberlaufbeckens in der derzeitigen Planung zur Renaturierung vorgesehen ist.

Zur Frage von Ratsherr Kühn, wann die Fertigstellung des neuen Pumpwerks erwartet werden kann, informiert Herr Weichsler über den nach derzeitigem Stand frühestens für das Jahr 2025 geplanten Baubeginn und einer für ein bis zwei Jahren angesetzten Bauzeit.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke erklärt Herr Weichsler, dass zu Kosten und Gebührenwirksamkeit ohne konkrete Investitionshöhe und Zinsverläufe für die Kreditbeschaffung noch keine valide Aussage getroffen werden kann.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 15:35 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Möller bittet um eine Aussage zu den Themenkomplexen Abwasser- Wärmerückgewinnung und Abwasser-Wärmenutzung. Herr Carl berichtet hierzu über die aktuelle Beauftragung einer Studie über Gewinnung von Wärme aus Abwasser zur Versorgung des Pumpwerks und der dortigen Verwaltungsgebäude.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 15:40 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Zur Frage von Ratsherr Tegethoff hinsichtlich der Vorbereitung auf Starkregenereignisse informiert Herr Carl über die zur Bemessung des Speichers durchgeführte hydraulische Simulation unter verschiedenen Szenarien und erläutert die Art der Weiterleitung des ankommenden Wassers. Herr Weichsler ergänzt, dass sich die Verwaltung in ihren Planungen grundsätzlich auf die Thematik Starkregenereignisse vorbereitet. So werden teilweise größere Kanäle gebaut und das Kanalnetz optimiert.

Herr Weichsler erklärt auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg, dass der Beitrag aus dem Neubau des Hauptpumpwerks Ölper und der Erneuerung der Abwasserüberleitung

zur Kläranlage zum Klimaschutzprogramm nicht konkret abgeschätzt werden kann. Das Pumpwerk selbst ist energetisch über die Art der Pumpen und der elektrischen Anlagen bereits deutlich optimierter als die alte bestehende Anlage.

Er stellt allerdings heraus, dass die Kläranlage bereits autark arbeitet und keinen zusätzlichen Energiebedarf erfordert. Zur weiteren Frage, ob eine bessere Pumpleistung dazu führen kann, Regenüberläufe in die Oker zu reduzieren und so eine Gewässerverschmutzung durch Regenüberläufe zu verhindern, erklärt Herr Weichsler, dass eine maßgebliche Entlastung für die Innenstadt sich nicht prognostizieren lässt. Herr Weichsler vergleicht die hydraulische Entlastung mit einem Domino-Effekt, da sich die weitergeschalteten Entwässerungsanlagen durch eine Vielzahl von Pumpenanlagen beeinflusst werden.

Verschiedene weitere technische Fragen werden von den Herren Weichsler und Carl beantwortet.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 15:57 Uhr die Sitzung.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. 10. Kompaktbericht Stadtbahnausbau

22-19398

Stadtbaudirektor führt in die Mitteilung der Verwaltung ein.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 15:59 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 16:01 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn nimmt ab 16:04 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Köster hebt lobend die Öffentlichkeitsarbeit von Verwaltung und Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) zum Stadtbahnausbau Volkmarode und den Beteiligungsprozess hervor. Zu seiner Frage zur Fördersumme und den zu erwartenden Baukostensteigerungen erklärt Herr Reincke, dass die Förderung durch Land und Bund dynamisch ist; festgelegt sind Fördersätze bezogen auf förderfähige Kosten. Treten Kostensteigerungen ein, werden mittels sog. Nachträge die gestiegenen Kostenanteile in der Förderung berücksichtigt.

Ratsfrau Mundlos bittet um Erläuterung, weshalb zum Campus-Ost und insbesondere Querum (über Berliner Straße) erst im Jahr 2023 erste konkrete belastbare Informationen zur Verfügung stehen und welche Bürgerbeteiligungen in den nächsten Monaten noch erfolgen sollen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Viergutz verlässt um 16:11 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer bittet zunächst um Verständnis, dass aus Kapazitätsgründen nicht alle Projekte gleichzeitig vorangetrieben werden können. Er sagt aber zu, die Gremien zu informieren, sobald zu den genannten Projekten belastbare Aussagen vorliegen.

Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung erinnert er an die zurückliegende Beteiligung in Volkmarode, die der für Oktober 2022 vorgesehenen Beschlussvorlage voranging. Ein ähnliches Vorgehen kündigt Stadtbaudirektor Leuer für das kommende Jahr für das Teilprojekt Lindenberg/Rautheim an, bevor der Beschlussvorschlag der Verwaltung den Gremien vorgelegt wird. Er sichert zu, den hohen Standard der Bürgerbeteiligung im weiteren Verfahren beizubehalten.

Zur Frage von Ratsfrau Kluth nach den Möglichkeiten einer Prozessbeschleunigung verweist Stadtbaudirektor Leuer auf den guten, verzahnten Planungsprozess mit der BSVG und den beteiligten Planungsbüros. Alle Beteiligten arbeiten gemeinsam daran, die Projekte schnellstmöglich zu realisieren.

Protokollnotiz: Ratsfrau Viergutz nimmt ab 16:14 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Kluth äußert die Erwartung, dass künftige Baugebiete in der Stadt sich an der Stadtbahn orientieren. Dies ist Voraussetzung für Verkehrswende und Klimaneutralität.

Stadtbaudirektor Leuer begrüßt die gemeinsame Entwicklung von Wohnen und Stadtbahn und verweist hierzu beispielhaft auf die Wohngebietsentwicklung in Stöckheim-Süd und Wenden-West.

Ratsherr Kühn verweist seinerseits auf Baugebiete, die ohne Stadtbahnanschluss geplant wurden und nennt beispielhaft das Wohngebiet auf dem Gelände der ehemaligen Heinrichs-Löwe-Kaserne.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Einrichtung von Parkzonen für E-Scooter innerhalb der Okerumflut **22-19247**

Ratsherr Dr. Plinke begrüßt die Einrichtung von Parkzonen für E-Scooter innerhalb der Okerumflut. Er informiert über die Beratung dieser Mitteilung im StBezR 130 Mitte und bittet die Verwaltung, bei der Einrichtung von Parkzonen auf Flächen für Fußverkehr die Beeinträchtigung der Zufußgehenden zu verhindern und ggf. Bodenindikatoren zu verwenden und die Parkzonen auch nicht auf Flächen von Fahrradabstellanlagen vorzusehen. Nach einer angemessenen Probephase sollen die Gremien über die Erkenntnisse aus der Einrichtung von Parkzonen informiert werden.

Protokollnotiz: Ratsherr Disterheft verlässt um 16:16 Uhr die Sitzung.

Herr Benscheidt bestätigt, dass Geh- und Radverkehrsinfrastrukturen in ihrer Qualität erhalten bleiben müssen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff erläutert Herr Benscheidt, dass hinsichtlich der Genauigkeit des Geofencings aus technischen Gründen keine 100-prozentige Einhaltung erreicht werden kann und erinnert in diesem Zusammenhang an die Freiwilligkeit der Anbieter. Eine Ausweitung der Einrichtung von Parkzonen für E-Scooter auf die Gesamtstadt ist nicht beabsichtigt. Er gibt hierzu zu bedenken, dass bei Einrichtung von wenigen Parkzonen in den Ortsteilen das Geschäftsmodell der E-Scooter-Anbieter nicht mehr funktioniert. Da keine ausgeprägten Problemlagen bestehen, ist für die Verwaltung zurzeit kein Bedarf erkennbar. Perspektivisch wären lediglich punktuell einzelne Bereiche zu betrachten.

Protokollnotiz: Ratsherr Disterheft nimmt ab 16:16 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Bürgermitglied Tokhi fragt, wann die Beschilderung der Parkzonen aufgestellt wird und ob die Verwaltung beabsichtigt, Informationstafeln zur Nutzung von E-Scootern zu ergänzen

Herr Benscheidt informiert über die für Herbst 2022 vorgesehene Installation der Parkzonen-Beschilderung. Informationen zur Nutzung von E-Scootern geben die Betreiber direkt an die Nutzenden.

Ratsherr Pohler unterstützt die Erwartung von Ratsherr Dr. Plinke, dass die Erkenntnisse der Verwaltung den Gremien in einem halben Jahr vorgestellt werden.

Ratsfrau Viergutz hebt die Bereicherung des Mobilitätsmix durch E-Scooter hervor, die bestimmte Nutzergruppen mobiler machen.

Ratsherr Wirtz erklärt, dass bei außerhalb des Vertragsgebietes oder außerhalb der Parkzonen abgestellte E-Scooter der Vertrag nicht geschlossen werden kann. Er geht deshalb da-

von aus, dass häufig Vandalismus Ursache für nicht korrekt abgestellte E-Scooter ist. Durch die einzurichtenden Parkzonen erwartet er deshalb keine Verbesserung der Situation. Aus seiner Sicht lässt durch eine weitere Reglementierung der Anreiz, E-Scooter zu nutzen, nach und wird das Geschäftsmodell für die Anbieter uninteressant machen.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

- 4.1. Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen 22-18867
 - 4.1.1. Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen 22-18867-01

Ratsherr Tegethoff erläutert den Antrag der Gruppe Die Fraktion. BS.

Ratsfrau Viergutz erwartet zum Jahreswechsel ein Nachfolgemodell zum 9-Euro-Ticket. Sie erklärt deshalb für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, diese Entwicklung zunächst sinnvollerweise vor einer weiteren Diskussion abzuwarten und ggf. anschließend zu ergänzen. Aus Sicht von Ratsfrau Viergutz ist ein Update des gesamten Ticket-Systems nicht nur in Braunschweig, sondern in der Region erforderlich.

Unter Bezugnahme auf die Einführung eines neuen bundesweiten Tickets (ehem. 9-Euro-Ticket) bittet Ratsfrau Kluth die Verwaltung, zur Sitzung des Ausschusses im Januar 2023 einen Bericht zum Sachstand der Verhandlungen mit Bund und Land bzw. Stadt und Region über die Vorstellungen zum Ticketing vorzulegen, damit hierzu im Ausschuss weitere Überlegungen zu Sozial- oder Sondertickets beraten werden können.

Der Rat möge beschließen:

Die Vertreter:innen der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweiger Verkehrs GmbH anzuweisen, die folgenden Schritte vorzunehmen:

Die zeitliche Einschränkung der Nutzung des „BS-Mobil-Tickets“ wird aufgehoben. Das „BS-Mobil-Ticket-Plus“ wird eingestellt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 1 dagegen: 10 Enthaltungen: 0

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-18867-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Einwohnerbefragung zu Stadt.Bahn.Plus

22-19277

Ratsherr Möller erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Ratsherr Tegethoff erklärt sein Unverständnis für die Zielrichtung des Antrags, da das Projekt bereits seit vielen Jahren läuft und die Bürgerbeteiligung auf sehr hohem Niveau erfolgt.

Ratsfrau Kluth bringt aus gleichem Grunde ihre Verwunderung über den Antrag zum Ausdruck.

Aus Sicht von Ratsherr Köster beabsichtigt die antragstellende Fraktion, das Projekt des Stadtbahnausbau („Stadt.Bahn.Plus“) zu beenden. Aus diesem Grunde erklärt er für die CDU-Fraktion die Ablehnung des Antrags.

Ratsfrau Hahn erklärt für Sie SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrags. Der Zeitpunkt der Antragstellung ist aufgrund des fortgeschrittenen Projektstandes nicht nachvollziehbar.

Ratsherr Wirtz erinnert an den bereits vier Jahre zurückliegenden Beschluss aus dem Jahr 2018. Bei dem geplanten und beschlossenen Netz besteht für ihn dadurch, dass einige Planungen (Görderlingerstraße/West-Umfahrung) noch gar nicht stattgefunden haben, Anlass, die Planung insgesamt - insbesondere vor dem Hintergrund der Ausfallsicherheit des Netzes - auf den Prüfstand zu stellen. Diese Prüfung, ob im Rat oder per Einwohnerbefragung, erachtet er als erörternswert.

Ratsherr Möller unterstreicht mit dem Wunsch einer grundsätzlichen Bürgerbeteiligung bei dem Projekt des Stadtbahnausbau nochmals die Zielrichtung des Antrags. Unter dem zeitlichen Aspekt ist diese Bürgerbeteiligung aus einer Sicht machbar, da mit dem Bau der ersten Stadtbahn-Strecke erst im Jahr 2025 begonnen wird.

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum geplanten Stadtbahnausbau („Stadt.Bahn.Plus“) eine Einwohnerbefragung nach § 35 NKomVG durchzuführen. Als Abstimmungsgegenstand wird dabei das *Zielnetz 2030* mit seinen 6 Einzelkorridoren in ihrer Gesamtheit als das Ergebnis der Voruntersuchung der Standardisierten Bewertung vorgelegt. Die genaue Fragestellung wird vorab den politischen Gremien zum Beschluss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 0 dagegen: 11 Enthaltungen: 0

4.4. Kostenloses Schüler:innen-Ticket

22-19018

4.4.1. Kostenloses Schüler:innen-Ticket

22-19018-01

Ratsherr Tegethoff erläutert den Antrag der Gruppe Die Fraktion. BS.

Er erklärt, dass der Antrag für den gesamten Gremienlauf zurückgezogen wird.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19018-01 wird zur Kenntnis genommen.

9. Oberbauform für die Gleissanierung Europaplatz bis John-F.-Kennedy-Platz

22-19328

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage ein.

Ratsherr Köster stimmt den Ausführungen von Stadtbaudirektor Leuer überwiegend zu. Für Abschnitt 5a ist nach Auffassung CDU-Fraktion ein Schottergleis möglich. Die Differenz in Höhe von 78.000 Euro wäre für ein Entsiegelungsprojekt im Bereich des John-F.-Kennedy-Platzes sinnvoller eingesetzt.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 16:59 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Dr. Plinke befürwortet die vorgestellte Planung. Aufgrund der grundhaften Gleisbauarbeiten bittet er die Verwaltung um eine Aussage, ob durch die Gleisbauarbeiten künftige Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich verhindert werden. Als Beispiele führt er Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr im Bereich der Übergänge von St. Aegidien zur Nîmesstraße und von der Braunschweigischen Landessparkasse zum Friedrich-Wilhelm-Platz sowie die Projekte Umgestaltung Friedrich-Wilhelm-Platz („Okerterrassen“) und Generalplanung Holzhof/Europaplatz an.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 17:02 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtbaudirektor Leuer stellt zunächst das zwingende Erfordernis der Instandhaltungsarbeiten heraus. Aus seiner Sicht besteht weiterhin grundsätzlich Handlungsspielraum für künftige Entwicklungsmöglichkeiten im südlichen Innenstadtbereich. Er erklärt, dass für die Entscheidung über eine andere Stadtbahnführung zurzeit zu wenige Kennwerte vorliegen. Der richti-

ge Zeitraum für konkrete Überlegungen hierfür besteht, wenn Klarheit über die weiteren Stadtbahnführungen herrscht.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:08 Uhr die Sitzung.

Herr Reincke erläutert den von einem externen Gutachter bestätigten dringend sanierungsbedürftigen Zustand der Gleisanlage vom Europaplatz bis zum John-F.-Kennedy-Platz. Die gesamte Strecke wurde bei der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) zur Förderung angemeldet.

Die Sanierung des Gleisdreiecks Friedrich-Wilhelm-Platz und des Abschnitts bis zum Europaplatz ist zwingend erforderlich. Auf dem Abschnitt vom Friedrich-Wilhelm-Platz bis John-F.-Kennedy-Platz findet hingegen kein regulärer Linienbetrieb statt. Er sagt zu, die Thematik nochmals den Gremien vorzulegen, sofern sich die LNVG gegen die Förderung dieses Abschnitts entscheiden sollte.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn verweist Herr Reincke auf die in Braunschweig bei Rasengleisen zum Einsatz kommenden Längsschwellengleise, die eine Wasserabführung in den Unterbau ermöglicht. Diese Bauweise ist hier ebenfalls vorgesehen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:15 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Möller nimmt Bezug auf Abschnitt 5. Er fragt, ob Beschädigungen der dort nah an der Strecke stehenden Bäume ausgeschlossen oder der Unterbau so belassen werden kann, um die Bäume nicht zu schädigen.

Herr Reincke erklärt, dass sich die Situation der Bäume im Vergleich zum heutigen Zustand nicht verschlechtern würde. Auf die Baumstandorte ist zu achten.

Ratsfrau Kluth fragt, ob bei Änderungen in den kommenden Jahren Fördergelder zurückzu-zahlen sind und empfiehlt für diesen Fall entsprechende Rückstellungen.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 17:17 Uhr die Sitzung.

Herr Reincke bestätigt dies. Die Fördermittelbindung der LNVG liegt bei Gleisanlagen bei 20 bis 25 Jahren. Sofern in diesem Zeitraum an der Funktion der Anlage eine Änderung vorgenommen wird, die die Nutzungsfähigkeit nicht mehr ermöglicht, müssten für die dann ausgefallene Nutzungsdauer Fördermittel zurückgezahlt werden. Die heute diskutierten Veränderungen sind aus seiner Sicht jedoch mit einem langen Planungsvorlauf verbunden, sodass er von der Möglichkeit einer langfristigen Nutzung ausgeht.

Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den für die CDU-Fraktion von Ratsherr Köster mündlich eingebrochenen Änderungsantrag und hiernach über die Vorlage der Verwaltung abstimmen.

Mündlicher Änderungsantrag von Ratsherr Köster:

"Die Strecke im Abschnitt 5a wird abweichend von der Vorlage als Schotter- und nicht als Rasengleis angelegt."

Beschluss text der Verwaltungsvorlage:

„Für die Sanierung der Gleisanlagen zwischen dem Europaplatz und dem John-F.- Kennedy- Platz wird die Gleisoberbauform Rasengleis beschlossen.“

Abstimmungsergebnis über den mündlichen Änderungsantrag von Ratsherr Köster

dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis über die Verwaltungsvorlage (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Anträge

4.2. Sichere Schulwege zur 6. IGS	22-19102
4.2.1. Sichere Schulwege zur 6. IGS	22-19102-02
4.2.2. Sichere Schulwege zur 6. IGS - Änderungsantrag	22-19102-04

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth informiert, dass der Antrag 22-19102 durch den Änderungsantrag 22-19102-04 ersetzt wird.

Ratsherr Dr. Plinke erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Ergänzend zum Beschlusstext des interfraktionellen Antrags 22-19102-04 bittet Ratsherr Dr. Plinke die Verwaltung, auch den in der Nähe verlaufenden Ringgleisweg in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Schulausschuss über die geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Erreichbarkeit der 6. IGS Bericht zu erstatten. Hierbei sollen folgende Aspekte betrachtet werden:

1. sichere Schulwege für Schüler:innen auf dem Rad und zu Fuß;
2. die Anbindung des ÖPNV;
3. Möglichkeiten einer Minimierung oder Kanalisierung des Verkehrs durch "Elterntaxis";
4. Einrichtung von Fahrradabstellanlagen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19102-02 wird zur Kenntnis genommen.

5. Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße	21-16752
5.1. Planung und Bau der Straßen Alter Weg und Leiferdestraße	21-16752-01
5.1.1. Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße -	21-16752-02
Änderungsantrag zur Vorlage 21-16752	

Ratsherr Dr. Plinke erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Stadtbaudirektor Leuer erinnert, dass eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger online erfolgt ist. Der Verwaltung sind hiernach zahlreiche Rückmeldungen zugegangen. Die Abwägung der Anmerkungen hat die Verwaltung in ihrer Vorlage dargestellt. Zu den Straßenausbaubebreitungen haben die betroffenen Anlieger zudem Informationsschreiben erhalten; Rückfragen hierzu telefonisch möglich.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Obgleich die Corona-Pandemie Präsenzveranstaltungen verhindert hat, konnte dennoch eine Bürgerbeteiligung stattfinden. Mit der Ergänzungsvorlage hat die Verwaltung zudem eine Änderung der Querungshilfe im Bereich der KiTa vorgeschlagen. Daher spricht sich Ratsherr Pohler dafür aus, die Vorlage der Verwaltung in der Fassung der Ergänzungsvorlage zu beschließen und den Änderungsantrag abzulehnen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Änderungsantrag 21-16752-01 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, vor einem Beschluss über die Planung und den Ausbau der Straßen Alter Weg und Leiferdestraße eine erneute Informationsveranstaltung für die An-

wohner*innen durchzuführen. Diese Informationsveranstaltung soll, sofern die aktuellen Corona-Regeln dies zulassen, in Präsenz durchgeführt werden. Ziel soll es sein, im direkten Austausch eine Lösung zu finden, die auf mehr Akzeptanz bei den Anwohner*innen trifft.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

- 6. Festlegung des Kostenrahmens - Neubau der Brücken im Klostergang Riddagshausen über die Wabe und die Alte Mittelriede 22-18652**

Beschluss:

„Die Kostenrahmen für den „Neubau der Brücke Klostergang Riddagshausen über die Wabe“ mit 1.020.000 € und dem „Neubau der Brücke Klostergang Riddagshausen über die Alte Mittelriede“ mit 660.000 € werden festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 7. Gesamtstädtische Stellungnahme zur geplanten Änderung der Bahnsicherungsanlage am Bahnübergang Bienrode III im Ortsteil Bienrode 22-19187**
- 7.1. Gesamtstädtische Stellungnahme zur geplanten Änderung der Bahnsicherungsanlage am Bahnübergang Bienrode III im Ortsteil Bienrode 22-19187-01**

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Beschlussvorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-19187-01 abstimmen.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Änderung der Bahnsicherungsanlage BÜ III - Auf dem Anger im Ortsteil Bienrode gemäß § 18 AEG die als Entwurf beigelegte Stellungnahme (s. Anlage) abzugeben.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 8. Verbesserungen der Fußgängerquerungen an der Stadtbahnhaltstelle an der Rothenburg 22-19356**

Beschluss:

„Der Planung und der Realisierung der Verbesserungen der Fußgängerquerungen an der Stadtbahnhaltstelle an der Rothenburg und der gegenüber liegenden Fußgängerquerung wird zugestimmt“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Anfragen

- 10.1. Fahrradabstellanlagen - Status des Ausbaus 22-19514**
- 10.1.1. Fahrradabstellanlagen - Status des Ausbaus 22-19514-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage 22-19514.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19514-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Neuordnung der Parkflächen am Wilhelmitorwall 22-19140
10.2.1. Neuordnung der Parkflächen am Wilhelmitorwall 22-19140-01

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage 22-19140.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:45 Uhr die Sitzung.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19140-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.3. Jährliche Investitionen für den Radverkehr in Braunschweig 22-19297
10.3.1. Jährliche Investitionen für den Radverkehr in Braunschweig 22-19297-01

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:46 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage 22-19297.

Zur Frage von Ratsherr Tegethoff, wie sich der pauschale, prozentuale Ansatz von 20 bis 25 Prozent für den Radverkehr ergibt, erläutert Herr Benscheidt, dass die Verwaltung hierzu exemplarisch drei Straßenquerschnitte als Grundlage herangezogen und die Breite der Radverkehrsinfrastruktur ins Verhältnis zur Gesamtstraße gesetzt hat. Vor dem Hintergrund, dass der Radverkehr beim Modal Split ebenfalls in dieser Größenordnung liegt, hält die Verwaltung diesen ersten Ansatz für realistisch.

Zur weiteren Frage von Ratsherr Tegethoff zur Zusammensetzung der genannten Ausgaben hinsichtlich des Anteils eindeutiger Radverkehrsmittel und des 20 bis 25-prozentigen Ansatzes, sagt Herr Benscheidt eine Beantwortung zum Protokoll zu.

Protokollnotiz:

2020:

16,43 - 19,20 Euro setzen sich zusammen aus:

- 3,48 Euro tatsächlich verausgabte Haushaltssmittel für den Radverkehr
- 12,95 Euro anteilig eingesetzte Mittel für den Radverkehr an den Gesamtausgaben der sonstigen Ausgaben im Bereich Infrastruktur (Ansatz 20 %)
- 15,72 Euro anteilig eingesetzte Mittel für den Radverkehr an den Gesamtausgaben der sonstigen Ausgaben im Bereich Infrastruktur (Ansatz 25 %)

2021:

13,15 - 15,27 Euro setzen sich zusammen aus:

- 2,98 Euro tatsächlich verausgabte Haushaltssmittel für den Radverkehr
- 10,17 Euro anteilig eingesetzte Mittel für den Radverkehr an den Gesamtausgaben der sonstigen Ausgaben im Bereich Infrastruktur (Ansatz 20 %)
- 12,29 Euro anteilig eingesetzte Mittel für den Radverkehr an den Gesamtausgaben der sonstigen Ausgaben im Bereich Infrastruktur (Ansatz 25 %)

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19297-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.4. Ist die Gefahrenstelle für Radfahrer in der Kehrbeeke jetzt beseitigt? 22-19517

10.4.1. Ist die Gefahrenstelle für Radfahrer in der Kehrbeeke jetzt beseitigt? 22-19517-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage DS 22-19517.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19517-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.5. Status des Ausbaus der Uferstraße

22-19512

10.5.1.Status des Ausbaus der Uferstraße

22-19512-01

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage 22-19512-01.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19512-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.6. Dauerzählstellen für den Radverkehr

22-19448

10.6.1.Dauerzählstellen für den Radverkehr

22-19448-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage 22-19448.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke zu temporär aufgestellten Radverkehrszählungen im Stadtgebiet bestätigt Herr Benscheidt die Kenntnis der Verwaltung über diese Zählungen und sagt dem Gremium eine Information über die Datenerhebung zu.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19448-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.7. Überprüfung der Pläne für die Fahrradparkhäuser am Hauptbahnhof

22-19305

10.7.1.Überprüfung der Pläne für die Fahrradparkhäuser am Hauptbahnhof

22-19305-01

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage 22-19305.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19305-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.8. Bitte um vollständige Auflistung (sortiert nach Stadtbezirken) der Standorte der geplanten neuen Braunschweiger Ladepunkte für Elektrofahrzeuge

22-19343

10.8.1.Bitte um vollständige Auflistung (sortiert nach Stadtbezirken) der Standorte der geplanten neuen Braunschweiger Ladepunkte für Elektrofahrzeuge

22-19343-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage 22-19343.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-19343-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.9. Mündliche Anfragen

10.9.1

Ratsfrau Kluth verweist auf die für zu Fuß Gehende, insbesondere auch für Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen und Kinderwagen Hindernis und Gefährdung darstellenden Kabel- bzw. Schlauchbrücken, die bei temporären Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen und Wegen verwendet werden. Hierzu stellt sie folgende Fragen:

1. Werden bei der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis durch die Stadt Auflagen für die

- Ausbildung der Kabel- /Schlauchbrüchen in Bezug auf die Barrierefreiheit/Barriearmut angeordnet? Aspekte wie Steilheit der Anramungen, Farbigkeit, Farbkontrast, Griffigkeit
2. Wenn ja, werden die Auflagen überprüft?
 3. Gibt es Konzepte mehr Elektranten, wie z.B. auf dem Altstadtmarkt, auf Wegen und Plätzen zu installieren, damit Kabelbrücken weniger zum Einsatz kommen?

Herr Benscheidt informiert über die in Sondernutzungserlaubnisse für Veranstaltungen u. a. enthaltene Auflage, dass benötigte Kabel und Schläuche nicht frei über das Pflaster geführt werden dürfen und abzudecken sind. Weitere Konkretisierungen zur Ausbildung der Kabel- / Schlauchbrücken in Bezug auf die Barrierefreiheit/Barriearmut enthalten Sondernutzungserlaubnisse nicht.

Dass die derzeit eingesetzten Kabelbrücken für Mobilitätseingeschränkte und Radverkehr problematisch sind, ist der Verwaltung bewusst. Die Frage wird zum Anlass genommen zu prüfen, ob weitergehende Anforderungen sinnvoll möglich sind. Sondernutzungen werden u. a. hinsichtlich der Auflagen stichprobenartig im Rahmen der personellen Kapazitäten überprüft.

Mit Blick auf technisch aufwändige und wartungsintensive Senk-Elektranten sind verschiedene Faktoren zu beachten. Es bedarf neben der Überlegung, welche Plätze o. ä. überhaupt den Bedarf für derartige Elektranten aufweisen auch einer konkreten Standortbestimmung, da jede Veranstaltungsfläche im Braunschweiger Stadtgebiet durch verschiedenartige Sondernutzungen bespielt werden kann und sich einzelne Sondernutzungen teilweise stark in der räumlichen Ausdehnung und Art der Nutzung unterscheiden.

Dazu und auch hinsichtlich der Kostenträgerschaft und Unterhaltungszuständigkeit sind Klärungen mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM), Veranstaltern, Marktbetreibern etc. erforderlich.

10.9.2

Ratsherr Köster bittet um Auskunft zum Verfahren für die Erteilung sog. „Handwerkergenehmigungen“ zur Einfahrt bspw. in die Fußgängerzone und zum Halten/Parken in Bereichen mit Parkbeschränkungen.

Herr Benscheidt berichtet, dass entsprechende Ausnahmegenehmigungen auf Antrag von Handwerksbetrieben durch den Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr erteilt werden.

10.9.3

Ratsherr Disterheft fragt unter Bezugnahme auf den an Bedeutung gewinnenden Zivilschutz/Bevölkerungsschutz, ob Sporthallen und andere öffentliche Gebäude technisch zum Betrieb von Notstromaggregaten ausgestattet werden?

Stadtrat Herlitschke sagt eine schriftliche Antwort zu.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:12 Uhr.

gez. Kluth

Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer

Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender

Ender
- Schriftführung -